



Nach der Bluttat von Stade:

dbb niedersachsen fordert mehr Schutz für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen

30.06.2026

Der dbb niedersachsen ist tief erschüttert über die grausame Gewalttat in einer Jugendhilfeeinrichtung in Stade. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, ihren Familien, ihren Kolleginnen und Kollegen sowie allen Menschen, die dieses unfassbare Verbrechen miterleben mussten. Den Angehörigen gilt unser tief empfundenes Mitgefühl.

Mit besonderer Betroffenheit nehmen wir zur Kenntnis, dass nach bisherigem Ermittlungsstand die Todesopfer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Jugendhilfeeinrichtung sowie des Jugendamtes waren – Menschen, die sich beruflich dem Schutz, der Betreuung und der Unterstützung anderer verschrieben hatten.

„Wer im öffentlichen Dienst Verantwortung für andere Menschen übernimmt, darf dafür niemals mit seinem Leben bezahlen. Diese Tat erschüttert uns alle zutiefst und macht fassungslos“, erklärt Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des dbb niedersachsen.

Der dbb niedersachsen warnt seit Jahren vor einer zunehmenden Verrohung im Umgang mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Angriffe gehören für viele Kolleginnen und Kollegen inzwischen zum Berufsalltag. Die schrecklichen Ereignisse von Stade führen in besonders grausamer Weise vor Augen, welchen Gefahren Beschäftigte ausgesetzt sein können, wenn sie im staatlichen Auftrag schwierige und oftmals konfliktreiche Entscheidungen begleiten.

„Unsere Kolleginnen und Kollegen in Jugendämtern, sozialen Diensten, Schulen, Polizei, Justiz, Ordnungsverwaltung oder Rettungsdiensten übernehmen jeden Tag Verantwortung für unsere Gesellschaft. Sie brauchen nicht nur unseren Dank, sondern den bestmöglichen Schutz. Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat“, so Zimbehl weiter.

Der dbb niedersachsen fordert deshalb, den Schutz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes konsequent weiterzuentwickeln. Dazu gehören eine realistische Gefährdungsanalyse an besonders sensiblen Arbeitsplätzen, geeignete Sicherheitskonzepte, ausreichende personelle Ausstattung, regelmäßige Deeskalations- und Sicherheitsschulungen sowie eine konsequente strafrechtliche Verfolgung von Bedrohungen und Angriffen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

„Wir dürfen uns niemals daran gewöhnen, dass Menschen, die anderen helfen, selbst zu Opfern von Gewalt werden. Der Staat hat eine besondere Verantwortung, diejenigen zu schützen, die täglich in seinem Auftrag Verantwortung für andere übernehmen. Stade muss für uns alle Mahnung und Auftrag zugleich sein.“

Unser ausdrücklicher Dank gilt den Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten sowie den Kriseninterventionsteams, die unter schwierigsten Bedingungen schnell, professionell und mit großem persönlichem Einsatz gehandelt haben.

Der dbb niedersachsen wird die weiteren Ermittlungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Zugleich gilt: Jetzt ist die Zeit des Mitgefühls, der Trauer und des Respekts gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen.

Alexander Zimbehl

1.Landesvorsitzender
dbb niedersachsen